

ESZ



Protest mit Protokollnotiz

Grünen-Gemeinderätin gegen Konzessionsvertrag

Aßling ■ Enttäuscht und gleichermaßen kämpferisch zeigt sich nach der jüngsten Sitzung die Aßlinger Gemeinderätin Waltraud Gruber. Mit einem Minderheitsvotum in der Sitzungsniederschrift verschaffte sie sich protokollarisch Luft – und damit für die Grünen den Rücken frei für die künftige kommunalpolitischen Auseinandersetzung wenn es um Weitblick geht: Die scheidende Gemeinderätin war nämlich die einzige, die gegen den Neuabschluss eines Konzessionsvertrags mit Eon Bayern plädierte.

Die darin enthaltene Konzessionsabgabe bringt der Gemeinde 106 911 Euro jährlich, die der Energieversorger bei den Aßlinger Haushalten einkassiert. Sie ist aber nicht Grubers Kritikpunkt. Denn irgendwie müsse ja die Gemeinde auch auf Einnahmen achten. Aber schade sei in dem Zusammenhang schon, dass dieses Geld nicht naheliegenderweise für regenerativ Energien ausgegeben werde.

Was Gruber wirklich wurmt, ist, dass über den Konzessionsvertrag in der Sitzung „nur 20 Minuten lang, aber nachher stundenlang über jeden einzelnen Kanaldeckel gesprochen worden ist“. Denn für Gruber ist die mit großer Mehrheit beschlossene Laufzeit des Konzessionsvertrags, nämlich zehn Jahre, schlicht ein Unding. Und das gleich aus verschiedenen Gründen. Einmal, weil daran nicht einmal der nächste Gemeinderat mehr etwas ändern kann. Zum anderen aber auch, weil es ihrer Ansicht nach auch um einen energiepolitischen Meilen-

stein ging: Dass nämlich die Gemeinde das Stromnetz nicht von Eon betreiben lässt, sondern dies selbst in die Hand nimmt und es von heimischen Betrieben warten lässt. „Eon verdient doch damit Geld, weshalb also nicht an ihrer Stelle wir“, fragt Gruber – und hat noch mehr im Sinn. „Da tagt die Zukunftswerkstatt und fordert Autarkie bei Strom und Energie, und gleichzeitig binden wir uns selbst die Hände.“ Gruber sagt deutlich, dass es ihr um ein „ganz wichtiges politisches Thema geht“ und überhaupt nicht um eine auch mögliche Negativauslegung, nämlich auf der Protokollnotiz nur aus Wahlkampfgründen bestanden zu haben. Denn Wahlkampf machen aus Grubers Sicht mit dem Konzessionsvertrag beziehungsweise der Konzessionsabgabe andere – zugunsten der Klientel aus der Landwirtschaft. Denn landwirtschaftliche Tarifikunden sollen über die 5000. Kilowattstunde hinaus keine Konzessionsabgabe mehr zahlen.

Dabei müsste für Gruber, was ja auch EU-Politik sei, die Monopolstellung der Energiekonzerne unterbunden werden. In Aßling mache man das Gegenteil, sichere diesen genau ihre Macht weiter zu. Wobei es für Gruber weiter „oben“ noch schwergewichtigere „Handlanger“ gibt: Dass nämlich eine Gemeinde, die die Mustervereinbarung des Gemeindetags für den Konzessionsvertrags abändert, dies beim Innenministerium sich erst noch genehmigen lassen muss – „das lässt doch tief blicken“. *Eberhard Rienth*